

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

a) zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 13/6500 –

b) zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/6487 (neu) –

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 13/6500 –

Deutsche Beteiligung an der von der NATO geplanten Operation zur weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien

A. Problem

Die Verwirklichung der zivilen Komponente des Vertragswerkes von Dayton ist noch nicht so weit fortgeschritten, daß die Voraussetzungen für eine selbsttragende politische Stabilität in Bosnien und Herzegowina geschaffen wären. Bisher ist es lediglich gelungen, einen von den ehemaligen Kriegsparteien in Würdigung der militärischen Stärke von IFOR respektierten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten.

Den gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft bisher unternommenen Konsolidierungsanstrengungen der Bundesregierung würde der Boden entzogen, wenn IFOR nach Ablauf der im Abkommen von Dayton gesetzten Frist (20. Dezember 1996) aus Bosnien und Herzegowina abzöge.

Es bedarf daher einer weiteren militärischen Absicherung des Friedensprozesses durch eine IFOR-Nachfolgetruppe, die imstande ist, die ehemaligen Kriegsparteien in Bosnien und Herzegowina weiter abzuschrecken und darüber hinaus die Wiedergewinnung der politischen Stabilität im Lande durch Unterstützung des zivilen Aufbaus – zumindest in Teilbereichen – zu fördern.

B. Lösung

Zustimmung zu dem von der Bundesregierung am 11. Dezember 1996 beschlossenen Beitrag zur weiteren Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten

Die Kosten des Einsatzes sind aus dem Einzelplan 14 zu erwirtschaften. Sie dürfen im Haushaltsjahr 1997 nach der Festlegung des Haushaltsausschusses vom 14. November 1996 die Obergrenze von 350 Mio. DM nicht überschreiten.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/6500 anzunehmen,
- b) zu dem Entschließungsantrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/6487 (neu) – eine Beschlußfassung im Plenum des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues

Vorsitzender

Karl Lamers

Berichterstatter

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Berichterstatter

Gerd Poppe

Berichterstatter

Ulrich Irmer

Berichterstatter

Andrea Gysi

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karl Lamers, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Gerd Poppe, Ulrich Irmer und Andrea Gysi

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 147. Sitzung am 11. Dezember 1996 den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/6500 sowie den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6487 (neu) an den Auswärtigen Ausschuß federführend, an den Rechtsausschuß, den Verteidigungsausschuß sowie den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der mitberatende Rechtsausschuß hat den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/6500 in seiner Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten und empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Antrag der Bundesregierung zuzustimmen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 13/6500 in seiner 47. Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten und emp-

fohlen, dem Antrag zuzustimmen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ausgesprochen. Die Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6487 (neu) empfahl der Ausschuß abzulehnen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS ausgesprochen. Die Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Haushaltsausschuß empfahl in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1996 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimme der Gruppe der PDS, der Vorlage auf Drucksache 13/6500 zuzustimmen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben an der Abstimmung nicht teilgenommen. Den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS auf Drucksache 13/6487 (neu) empfahl der Haushaltsausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen

die Stimme der Gruppe der PDS abzulehnen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

III.

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat in seiner 53. Sitzung am 11. Dezember 1996 den Antrag auf Drucksache 13/6500 beraten und empfiehlt mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der Abgeordneten Margitta Terborg (SPD), den Antrag auf Drucksache 13/6500 anzunehmen. An der Abstimmung haben die übrigen Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS nicht teilgenommen.

Die Koalitionsfraktionen waren der Auffassung, daß der Deutsche Bundestag dem Antrag der Bundesregierung vorbehaltlich einer noch ausstehenden Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zustimmen könne, da dessen formelle Beschlußfassung über den unter den Mitgliedern der Bosnien-Kontaktgruppe im Sicherheitsrat in New York am

10. Dezember 1996 bereits abgestimmten Textentwurf für den 12. Dezember 1996 zu erwarten sei.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD im Auswärtigen Ausschuß erhoben Einspruch dagegen, daß eine Beschlußfassung über die Entsendung deutscher Truppen vor dem Vorliegen eines Mandates des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen erfolgt. Sie sehen in einem derartigen Verfahren eine Beschneidung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und einen Bruch anderslautender Zusagen seitens der Koalition. Sie beteiligten sich deshalb an der Abstimmung nicht. Bei Berücksichtigung ihrer Bedenken gegen das Verfahren wäre ansonsten aufgrund der gegenwärtigen Kenntnisnahme über den beabsichtigten Auftrag, den Umfang und die Dauer des beabsichtigten Einsatzes eine Zustimmung der Fraktion der SPD beabsichtigt gewesen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich dieser Kritik der Fraktion der SPD angeschlossen.

Die Vertreter der Gruppe der PDS haben sich der Kritik ebenfalls angeschlossen und erklärt, daß sie ihren Entschließungsantrag im Plenum zur Abstimmung stellen werden.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Karl Lamers

Berichterstatte

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Berichterstatte

Gerd Poppe

Berichterstatte

Ulrich Irmer

Berichterstatte

Andrea Gysi

Berichterstatte